

## Beilage 1

## Ergebnisse Kurz-Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die Beherbergungstaxen

Gemeinde / Organisation	Antrag Regierungsrat	Antrag vorberatende Kommission	Weitere Bemerkungen
Baar	X		---
Cham	X		---
Hünenberg	X		<p>Mit Schreiben vom 23. Januar 2025 hat sich der Gemeinderat gegenüber der Volkswirtschaftsdirektion wie folgt zur Thematik geäußert:</p> <p><i>«... Festlegung der Abgabehöhe Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, dass die Höhe der Beherbergungsabgabe künftig nach Rücksprache mit den Gemeinden vom Regierungsrat festgelegt wird.</i></p> <p><i>Erhöhung der Abgabe für die Finanzierung der «ZUG-CARD» Der Gemeinderat begrüsst die Einführung der neuen «ZUG-CARD», welche den Gästen freie Fahrt auf dem öffentlichen Verkehrsnetz und Vergünstigungen bei kulturellen Attraktionen ermöglicht. In der Gemeinde Hünenberg gibt es nur ein Garni und einige Airbnb-Angebote. Der Übernachtungstourismus hat in Hünenberg somit eine sehr geringe Bedeutung, weshalb nur die minimale Beherbergungsabgabe erhoben wird. Eine Erhöhung der Beherbergungsabgabe hätte für die Gemeinde Hünenberg keine Auswirkungen, da bereits heute der gesamte Ertrag an Zug Tourismus geht. Zudem erfolgt der Vollzug der Beherbergungsabgabe in Hünenberg durch Zug Tourismus. ...»</i></p> <p>Zwischenzeitlich hat die vorberatende ad-hoc Kommission den Antrag des Regierungsrats beraten. Sie spricht sich gegen eine Kompetenzdelegation an den Regierungsrat und eine einheitliche Festsetzung der Beherbergungsabgabe aus und will die Kompetenz zur Festsetzung bei den Gemeinden belassen. Sie beantragt, den Mindestwert der Beherbergungsabgabe von 90 Rappen auf 1.50 Franken und die</p>

			<p>Mindestabgabe an Zug Tourismus von 45 Rappen auf 1.50 Franken zu erhöhen. Der Höchstwert der Beherbergungsabgabe von derzeit 2 Franken soll aufgehoben werden.</p> <p>Der Gemeinderat erachtet es nach wie vor als sinnvoll, dass die Höhe der Beherbergungsabgabe künftig nach Rücksprache mit den Gemeinden vom Regierungsrat festgelegt wird und hält an seiner Meinung, welche im Schreiben vom 23. Januar 2025 detaillierter festgehalten ist, weiterhin fest. Des Weiteren beantragt die Ad-hoc-Kommission, die Finanzierungslücke für die Zug Card durch Steuergelder zu schliessen. Dem steht der Gemeinderat im finanzpolitischen Sinne kritisch gegenüber.</p>
Menzingen	X		<p>Der Gemeinderat unterstützt die Abgabe von CHF 2.45 an Zug Tourismus. Die Abgabehöhe für die touristischen gemeindlichen Angebote soll hingegen individuell durch die Gemeinden und nicht durch den Regierungsrat festgesetzt werden.</p>
Neuheim	X		<p>Namens und Auftrags Gemeinderat teile ich Ihnen mit, dass sich die Gemeinde Neuheim der Antwort der Gemeindepräsidentenkonferenz GPK ohne Weiteres anschliesst.</p>
Oberägeri	X		---
Risch	X		<p>Wir verweisen grundsätzlich auf unsere Vernehmlassung vom 18. Dezember 2024. Der Gemeinderat erachtet eine einheitliche Lösung für alle Gemeinden als wichtig. Er unterstützt deshalb grundsätzlich den Antrag des Regierungsrates. Allerdings erachtet der Gemeinderat die gegenüber dem ursprünglichen Antrag vorgenommene Reduktion der Beherbergungsabgabe auf CHF 3.50 als zu gering. <b>Er beantragt deshalb, die Beherbergungstaxe in den Bereich von CHF 2.50 zu reduzieren.</b></p>

Steinhausen	X		<p>Mit dieser Lösung (Antrag Regierungsrat) wird sichergestellt, dass die Höhe der Beherbergungsabgabe im Kanton einheitlich geregelt ist. Gleichzeitig erfolgt die Finanzierung der Zug Card verursachergerecht über die Übernachtungsgäste. Dies entspricht dem Grundsatz, dass touristische Leistungen durch diejenigen finanziert werden sollen, die sie in Anspruch nehmen. Der Antrag der Ad-hoc-Kommission würde hingegen dazu führen, dass in den Gemeinden weiterhin unterschiedliche Beherbergungstaxen gelten. Zudem würden die vorgesehenen Mindestansätze nicht ausreichen, um die Zug Card vollständig zu finanzieren, ohne die lokalen Tourismusorganisationen schlechter zu stellen. Die daraus resultierende Finanzierungslücke müsste allenfalls durch allgemeine Steuermittel gedeckt werden. Aus Sicht der Gemeinde Steinhausen ist eine solche Lösung abzulehnen, weil die Finanzierung einer spezifischen touristischen Leistung über allgemeine Steuergelder dem Verursacherprinzip widerspricht und im interkantonalen Vergleich aussergewöhnlich wäre.</p> <p>Der Erhöhung der Beherbergungstaxen auf CHF 3.50 pro Logiernacht sowie der Festsetzung einer Mindestabgabe von CHF 2.45 pro Logiernacht zugunsten von Zug Tourismus, um die Finanzierung einer digitalen Zug Card zu ermöglichen, gemäss Antrag des Regierungsrats wird zugestimmt. Die geplante Abgabehöhe von 3.50 Franken und die Mindestabgabe von 2.45 Franken an Zug Tourismus ermöglicht die Einführung einer digitalen Zug Card.</p> <p>Der Gemeinderat Steinhausen unterstützt die einheitliche Festsetzung der Beherbergungstaxen gemäss dem Antrag des Regierungsrates.</p>
Unterägeri	X		<p>In einem Schreiben vom 15. April 2024 regte die Gemeindepräsidentenkonferenz der Zuger Gemeinden (GPK) gegenüber der Volkswirtschaftsdirektion an, die Obergrenze der Beherbergungsabgabe anzuheben oder gänzlich aufzuheben. Sie beantragte, die Beherbergungsabgabe im Kanton Zug einheitlich auf 4 Franken festzulegen und den dadurch entstehenden Mehrertrag an Zug Tourismus für die Finanzierung der Zug Card zuzuweisen. Denn die Zug Card steigert die Attraktivität des Kantons Zug als Tourismusregion und schafft so zusätzliche</p>

			<p>wirtschaftliche Wertschöpfung in eher strukturschwächeren Branchen (z. B. Gastronomie, Hotellerie, Freizeitangebote).</p> <p>Die Abklärungen des Regierungsrats haben jedoch ergeben, dass eine Erhöhung auf 3,50 Franken ausreicht, um die Zug Card zu finanzieren, ohne die lokalen Tourismusorganisationen schlechter zustellen. Der Antrag des Regierungsrats sieht vor, dass mindestens 2,45 Franken pro Logiernacht an Zug Tourismus gehen und der Rest der Abgabe bei den lokalen Tourismusorganisationen verbleibt. Der Antrag des Regierungsrats stellt sicher, dass die Höhe der Beherbergungsabgabe in unserem kleinen Kanton einheitlich geregelt ist und die Zug Card ursachenbezogen durch die Übernachtungsgäste finanziert wird.</p> <p>Der Antrag der Ad-hoc-Kommission würde hingegen dazu führen, dass in den Gemeinden weiterhin unterschiedliche Beherbergungstaxen gelten würden. Diese würden zudem nicht ausreichen, um die Zug Card zu finanzieren, ohne die lokalen Tourismusorganisationen schlechter zu stellen. Die Ad-hoc-Kommission beantragt deshalb, die Finanzierungslücke für die Zug Card durch Steuergelder zu schliessen. Dies erachten wir finanz- und ordnungspolitisch für falsch und es wäre schweizweit wohl einzigartig.</p> <p>Aus all diesen Gründen bevorzugen wir weiterhin den Antrag des Regierungsrats, den wir im Frühjahr 2024 angestossen haben.</p>
Walchwil	X	X	<p>Der Gemeinderat Walchwil befürwortet die Einführung der Zug Card. Er spricht sich aber gegen eine Kompetenzdelegation an den Regierungsrat und eine einheitliche Festsetzung der Beherbergungsabgabe aus und will die Kompetenz zur Festsetzung bei den Gemeinden belassen. Der Höchstwert der Beherbergungsabgabe von derzeit CHF 2.– soll aufgehoben werden.</p> <p>Der Gemeinderat Walchwil ist bereit den für die Zug Card benötigten Beitrag zu erheben und zu entrichten, sieht aber nicht ein, weshalb ein höherer Betrag von den Übernachtungsgästen verlangt werden soll als der Betrag, welcher von Zug Tourismus benötigt wird.</p> <p>Unterschiedlich hohe Gebühren sind für Übernachtungsgäste nicht verwirrend, sondern normal. Mit unterschiedlichen Abgaben kann auf die unterschiedlichen Gegebenheiten der Gemeinden eingegangen werden.</p>

			<p>Walchwil verfügt nur über wenige Logiermöglichkeiten. Beinahe 90 % der Übernachtungen (Statistik 2023) betreffen Lager oder Unterbringungen für Beeinträchtigte. Die Lager, welche im Niedrigpreissegment angesiedelt sind, befinden sich auf dem Walchwilerberg, ohne Anbindung am Öffentlichen Verkehr. Mehr als die Hälfte der Logiernächte im Jahr 2023 wurden in Walchwil im Zentrum Elisabeth registriert. Das Zentrum Elisabeth ist in erster Linie ein Kurhaus für Multiple Sklerose-Betroffene und ein Ort der Begegnung für Menschen die Erholung suchen und auf Pflege angewiesen sind.</p> <p>Gemäss Antrag des Regierungsrates würde in Zukunft jede Übernachtung in Walchwil CHF 2.60 teurer. Während Gemeinden mit eigenen Tourismusorganisationen CHF 1.05 pro Übernachtung einbehalten können, werden die anderen Gemeinden angehalten, möglichst den vollständigen Betrag von CHF 3.50 an Zug Tourismus zu überweisen. Somit sollen Gemeinden mit geringer touristischer Bedeutung und Nachfrage die touristischeren Gemeinden durch höhere Abgaben an Zug Tourismus quersubventionieren.</p>
Stadt Zug	X		<p>Grundsätzlich folgt die Stadt Zug dem ursprünglichen Antrag von Zug Tourismus, die Beherbergungsabgabe auf CHF 4.00 festzusetzen. Mit diesem Betrag kann das Ziel erreicht werden, die Kultur- und Freizeitangebote im Kanton Zug mit der Gästekarte zu vergünstigen und diese Rabattangebote in der digitalen Gästekarten-App entsprechend zu bewerben. Dies unter der Bedingung, dass die Abgaben von den Gemeinden an Zug Tourismus weiterzugeben sind. Gegenüber einer anderweitigen Finanzierung von Vergünstigungen für Gäste, beispielsweise mit Steuergeldern, hat der Stadtrat bereits in der Vernehmlassung vom 4. Juli 2025, SRB Nr. 358.25 (vgl. Beilage Begleitschreiben vom 4. Juli 2025), seine Vorbehalte geltend gemacht.</p>
HotellerieSuisse Zugerland	X		---

Gemeindepräsidenten-Konferenz der Zuger Gemeinden (GPK-Zug), ohne Einladung	X		<p>In einem Schreiben vom 15. April 2024 regte die Gemeindepräsidentenkonferenz der Zuger Gemeinden (GPK) gegenüber der Volkswirtschaftsdirektion an, die Obergrenze der Beherbergungsabgabe anzuheben oder gänzlich aufzuheben. Sie beantragte, die Beherbergungsabgabe im Kanton Zug einheitlich auf 4 Franken festzulegen und den dadurch entstehenden Mehrertrag an Zug Tourismus für die Finanzierung der Zug Card zuzuweisen. Denn die Zug Card steigert die Attraktivität des Kantons Zug als Tourismusregion und schafft so zusätzliche wirtschaftliche Wertschöpfung in eher strukturschwächeren Branchen (z. B. Gastronomie, Hotellerie, Freizeitangebote).</p> <p>Die Abklärungen des Regierungsrats haben jedoch ergeben, dass eine Erhöhung auf 3,50 Franken ausreicht, um die Zug Card zu finanzieren, ohne die lokalen Tourismusorganisationen schlechter zustellen. Der Antrag des Regierungsrats sieht vor, dass mindestens 2,45 Franken pro Logiernacht an Zug Tourismus gehen und der Rest der Abgabe bei den lokalen Tourismusorganisationen verbleibt. Der Antrag des Regierungsrats stellt sicher, dass die Höhe der Beherbergungsabgabe in unserem kleinen Kanton einheitlich geregelt ist und die Zug Card ursachenbezogen durch die Übernachtungsgäste finanziert wird.</p> <p>Der Antrag der Ad-hoc-Kommission würde hingegen dazu führen, dass in den Gemeinden weiterhin unterschiedliche Beherbergungstaxen gelten würden. Diese würden zudem nicht ausreichen, um die Zug Card zu finanzieren, ohne die lokalen Tourismusorganisationen schlechter zu stellen. Die Ad-hoc-Kommission beantragt deshalb, die Finanzierungslücke für die Zug Card durch Steuergelder zu schliessen. Dies erachten wir finanz- und ordnungspolitisch für falsch und es wäre schweizweit wohl einzigartig.</p> <p>Aus all diesen Gründen bevorzugen wir weiterhin den Antrag des Regierungsrats, den wir im Frühjahr 2024 angestossen haben.</p>
---	---	--	--

## Beilage:

- Beilage der Stadt Zug zur Vernehmlassungsantwort (Schreiben der Stadt Zug an die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug vom 4. Juli 2025)

Stadt Zug, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail:

[Silvia.Thalmann@zg.ch](mailto:Silvia.Thalmann@zg.ch), [Andreas.Conne@zg.ch](mailto:Andreas.Conne@zg.ch)

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug

Silvia Thalmann, Regierungsrätin

Andreas Conne, Generalsekretär

## **Stadtentwicklung: Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug; Anfrage Beitrag Gemeinden an Finanzierung der Zug Card bzw. von Zug Tourismus; Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Mail vom 27.6.2025 ersuchen Sie die Stadt Zug um eine Vernehmlassung zur untenstehenden Frage und bitten ausserdem um Zustellung des kommunalen Reglements, in dem die Stadt Zug gestützt auf § 5 des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe (BGS 944.2) u.a. die Höhe der Beherbergungsabgabe und insbesondere pauschale Abgaben und Abgaben für Longstays regelt.

**Frage: Können Sie sich vorstellen, eine mehrjährige Leistungsvereinbarung mit Zug Tourismus über einen Beitrag an die Aktivitäten von Zug Tourismus (insbesondere die Einführung und den Betrieb der Zug Card) abzuschliessen? Wenn ja, über welchen Betrag?**

Der Stadtrat bedankt sich für die Gelegenheit zum Mitbericht und äussert sich wie folgt:

Mit dem Schreiben an die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug vom 10. Dezember 2024, StRB Nr. 588.24 (vgl. Beilage 2) hat der Stadtrat zum Ausdruck gebracht, dass er die Erhöhung der Beherbergungsabgabe für den Kanton Zug auf CHF 4.00 wichtig und richtig findet.

### **Digitale Gästekarte nützt den Kultur- und Freizeitanbietenden**

Die Stadt Zug unterstützt die Förderung und den Aufbau des qualitativen Freizeittourismus zugunsten der Standortentwicklung. Der Stadtrat ist überzeugt, dass der Individualtourismus – dabei ist *nicht* von Gruppenreisen und Car-Reisen die Rede – dem Wirtschaftsstandort und der Innenstadtentwicklung Vorteile bringen wird und dem Image der Stadt Zug zugutekommt.

Eine gratis ÖV-Karte ist heute im Freizeit-Tourismus der übliche Standard und wird inzwischen von den Hotelgästen in der ganzen Schweiz erwartet. Dabei geht es nicht primär darum, den Gästen etwas zu schenken, sondern darum, die Benutzung des öffentlichen Verkehrs zu erleichtern. Wer kennt nicht die Situation, in einer fremden Stadt Bus fahren zu wollen und nicht zu wissen, wie und wo die Tickets gelöst werden können? Dieses Problem soll dem Gast in Zukunft beim Check-In im Hotel oder bereits bei der Buchung abgenommen werden.

Mit einer zeitgemässen digitalen Gästekarte sollen Freizeitgäste aus den Bereichen Kultur, Sport und Natur ausserdem motiviert werden, die Region zu erkunden und die lokalen Angebote zu nutzen. Die neue digitale Zuger Gästekarte bietet nebst der gratis ÖV-Karte deshalb eine zeitgemässe technische

Möglichkeit zur lang- und kurzfristigen Bewerbung von Kultur- und Freizeitangeboten. Rabatte und Lockangebote können ich Echtzeit aufgeschaltet werden. Dies kann unter anderem dazu beitragen, dass mit Steuergeldern unterstützte Angebote besser ausgelastet werden.

### **Keine Finanzierung von Vorteilen für Gäste mit Steuergeldern**

Für den Stadtrat Zug steht jedoch absolut nicht zur Diskussion, solche Vorteile für Gäste mit Steuergeldern zu finanzieren. Eine solche Massnahme müsste von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zug, die – wie allgemein bekannt ist – bereits heute mit hohen Alltagskosten belastet sind, als Ungerechtigkeit empfunden werden. Es wäre damit zu rechnen, dass eine solche Finanzierung bei der ortsansässigen Bevölkerung zu negativen Emotionen gegen den Tourismus führen würde.

Insofern ist auch von der vorgeschlagenen Kürzung der Abgabe auf CHF 3.50 *zwingend abzuraten*, denn eine solche könnte dazu führen, dass Kultur- und Freizeitbetriebe versuchen würden, allfällige Rabatte über ihre regulären Budgets zu finanzieren. Da die meisten Kultur- und Freizeitbetriebe jedoch zu einem grossen Teil mit Steuergeldern unterstützt werden, würden auf diese Art finanzierte Rabatte für Gäste wieder zu einer indirekten Finanzierung von deren Vorteilen durch Steuergelder führen, was der Stadtrat in der momentanen Situation absolut ausschliesst.

### **Aufwand der Hotelbranche**

Der generelle Widerstand gegen die Erhöhung der Beherbergungsabgabe wird von einem sehr kleinen Kreis von Zuger Hoteliers aufgebaut, welche durch diese Erhöhung einen inakzeptablen Preisanstieg der Übernachtungskosten befürchten. Dagegen ist zu halten, dass diese Abgabe bei den hiesigen Zuger Übernachtungspreisen im Bereich von 1.5% liegt, was von einem Gast in dieser Preiskategorie kaum wahrgenommen wird.

Der Bezug der Abgabe obliegt den Hoteliers, welche die Abgabe in Falle der Stadt Zug zu 100% an Zug Tourismus weitergeben müssen. Dadurch entsteht für die Hoteliers ein gewisser Aufwand. Genau dieser wird nun aber mit der digitalisierten neuen Gästekarte auf ein absolutes Minimum reduziert. Nach einer einmaligen Installation der Anwendung, können die Daten neu direkt migriert werden, so dass kein doppelter Aufwand für die Hotels mehr besteht.

Die Hoteliers argumentieren, dass der Aufwand bei ihnen anfällt, während die Kultur- und Freizeit anbietenden sowie der Detailhandel davon profitieren. Diesbezüglich ist die Stadt Zug der Ansicht, dass dieser Aufwand insbesondere deshalb zumutbar ist, als auch die Hotels selbst langfristig davon profitieren werden, wenn sich die Stadt Zug als Ausflugsort für Freizeittourismus besser positionieren kann. Denn heute sind die Zuger Hotels unter der Woche sehr gut ausgelastet, während an den Wochenenden noch grosses Potenzial besteht. Insbesondere in der Coronazeit hat deshalb gerade die Hotelbranche vehement den Wunsch nach einer attraktiven Gästekarte geäussert. Diese wird zurzeit im Pilotbetrieb mit Steuergeldern aus den Leistungsvereinbarungen mit der Stadt und mit dem Kanton finanziert, was langfristig nicht haltbar ist und deshalb so rasch wie möglich geändert werden muss.

Allenfalls kann darüber diskutiert werden, ob eine Aufwandentschädigung für die Hoteliers in der Abgabe selbst eingebaut werden soll. Im Gegenzug wäre jedoch zwingend an der von Zug Tourismus errechneten notwendigen Höhe der Abgabe von CHF 4.00 pro Gast festzuhalten und auf die von der Volkswirtschaftsdirektion auf Vorschlag der Hoteliers geplante Reduktion auf CHF 3.50 zu verzichten.

### **Leistungsvereinbarung der Stadt Zug mit Zug Tourismus**

Die Stadt Zug hat eine Leistungsvereinbarung mit Zug Tourismus über einen Betrag von CHF190'000.00 (vgl. Beilage 1) abgeschlossen. Die Leistungen, welche mit der laufenden Vereinbarung abgedeckt werden, umfassen im Wesentlichen folgende Punkte:

- Destinationsmarketing
- Informationen zu lokalen Freizeit- und Kulturangeboten an die Einwohnerschaft und an Gäste
- Schalterbetrieb am Bahnhof
- Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren in der Innenstadtentwicklung und im Standortmarketing
- Vermittlung von Informationen und Leistungen im Bereich MICE (Meetings, Incentives, Congresses, Exhibitions/Events)
- Verkauf von Stadtführungen und weiteren touristischen Angeboten
- Entwicklung von neuen touristischen Angeboten zusammen mit externen Partnern (Stadt Zug, Verein Zuger Stadtführungen, Verein Zuger Wanderwege, Kulturinstitutionen, Hotellerie/Gastronomie).
- Weiterbildungen und Schulungen von und für Front-Desk Personal im Bereich Tourismus

Die Leistungsvereinbarung wird per 2026 erneuert. Über die Höhe des Beitrags wird der Grosse Gemeinderat im Rahmen des üblichen politischen Prozesses aufgrund eines begründeten Gesuchs von Zug Tourismus entscheiden. Dafür wird der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug im dritten Quartal 2025 einen entsprechenden Antrag des Stadtrats erhalten. Es wird zu diskutieren sein, ob zukünftig weitere Leistungen in die Vereinbarung aufgenommen werden sollen. Auf keinen Fall soll die Leistungsvereinbarung jedoch direkte fiskalische Vorteile für Hotelgäste oder andere Touristen beinhalten. Solche Leistungen inklusive deren Bewerbung müssen zwingend über eine Beherbergungsabgabe finanziert und somit *vollumfänglich von den Gästen selbst bezahlt werden*.

### **Leistungsvereinbarungen zwischen Zug Tourismus und den Gemeinden**

Bereits in der erwähnten Vernehmlassung vom 10. Dezember 2024 hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass er andere Gemeinden motivieren möchte, Leistungen an den Verein Zug Tourismus zu delegieren und mit diesem entsprechende Leistungsvereinbarungen abzuschliessen. Dies würde dazu führen, dass die Zusammenarbeit in diesem Bereich wesentlich verbessert und die Sichtbarkeit als Tourismusstandort erhöht werden könnte. Es ist in einem kleinen Kanton wie Zug nicht zwingend notwendig, dass Gemeinden eigene Tourismusorganisationen betreiben und finanzieren. Aus Gründen der Professionalität und des Netzwerks mit übergeordneten Organisationen wie Schweiz Tourismus und Zürich Tourismus müssen solche lokalen Kleinstorganisationen hinterfragt werden.

### **Verordnung betreffend die Einführung einer Beherbergungsabgabe vom 19. Januar 1999 (Stand 1. Januar 2023)**

Mit der Verordnung betreffend die Einführung einer Beherbergungsabgabe vom 19. Januar 1999 (Stand 1. Januar 2023, vgl. Beilage 3), hat die Stadt Zug den Einzug der Beherbergungsabgabe an den Verein Zug Tourismus delegiert. Der Erlös kommt vollumfänglich dem Verein zugute, der die Mittel zugunsten der Gäste und der Branche verwendet. An dieser Regelung wird die Stadt Zug auch in Zukunft und nach der geplanten Erhöhung der Beherbergungsabgabe festhalten.

Freundliche Grüsse

André Wicki  
Stadtpräsident

Beat Werder  
Stadtschreiber

Beilagen

- Leistungsvereinbarung Stadt Zug - Zug Tourismus 2022-2025
- Vernehmlassung Änderung des kantonalen Gesetzes über die Beherbergungsabgabe; Stellungnahme
- Verordnung betreffend die Einführung einer Beherbergungsabgabe vom 19. Januar 1999 (Stand 1. Januar 2023)